

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 11. September 2026



Foto: Mathis Beutel

In dieser Ausgabe

**Bewertung des
Wahlergebnisses in
Sachsen-Anhalt**

**Haushaltswoche im
Deutschen Bundestag**

**Bundeskongress
Forstwirtschaftlicher
Zusammenschlüsse**

»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in dieser ersten Woche nach der parlamentarischen Sommerpause haben wir unter dem Eindruck der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom letzten Sonntag die Beratungen über den Bundeshaushalt 2027 begonnen. Mit dem Etat 2027 setzen wir den eingeschlagenen Reformkurs weiter fort. Diese Reformen sind kein Selbstzweck, sondern sie sind die Voraussetzung für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und damit für notwendiges Wirtschaftswachstum, das unseren Wohlstand auch in Zukunft sichern soll. In einer alternden Gesellschaft müssen wir die sozialen Sicherungssysteme reformieren, damit sie auch in Zukunft verlässlich tragen.

Es gibt erste Signale, dass sich etwas zum Positiven bewegt: Es wird wieder mehr gegründet, in Teilen der Wirtschaft steigen die Auftragszahlen. Gerade jetzt müssen wir mit unseren Reformen dafür sorgen, dass daraus wieder ein kräftiger Aufschwung wird.

Leistungsfähigkeit und Stärke brauchen wir aber nicht nur bei Innovation und Wachstum, sondern auch bei der Sicherheit unseres Landes. Denn die hybriden Angriffe nehmen zu, wie der versuchte Drohnenanschlag am Flughafen Leipzig im August zeigte. Polizeiliche Ermittlungen, Tatmuster und nachrichtendienstliche Erkenntnisse ergeben ein Lagebild, das die russische Urhebererschaft belegt. Die Ermittler haben den Sachverhalt konsequent und gründlich aufgearbeitet. Die daraus abgeleiteten Maßnahmen, u. a. die Schließung des russischen Generalkonsulats in Bonn, sind angemessen. Aus diesem Grund findet auch unsere Sicherheit im Haushaltsentwurf eine besondere Bedeutung.

Weitere Informationen zur Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie unter www.cducusu.de.



Ihr Hermann Färber

Bewertung des Wahlergebnisses in Sachsen-Anhalt

Ein derartiges Ergebnis hatte sich nach den Prognosen angedeutet, wenngleich der hohe Stimmenverlust der CDU sehr bitter ist und mit einem Minus von 19,9 % im Vergleich zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021 eine eindeutige Sprache spricht. Wir konnten zwar aus dem Lager der Nichtwähler 30.000 neue Stimmen gewinnen – haben jedoch 141.000 Stimmen an die politischen Mitbewerber verloren.

Zu erwähnen ist: Bei der Zufriedenheit mit der politischen Arbeit lag (laut Umfragen mit Stand am Wahltag) CDU-Mann Sven Schulze mit 38 % Zufriedenheit bei den Wählern einen Prozentpunkt vor dem Konkurrenten der AfD.

Das Ergebnis sieht zugegebenermaßen im ersten Moment nach der viel zitierten „Denkzettelwahl“ aus, muss jedoch in den nächsten Tagen genauestens ausgewertet werden, um die tatsächlichen Ursachen zu identifizieren. Nur so können wir umsetzbare Lösungen erarbeiten. Hier ist nun zunächst die CDU-Führung in Sachsen-Anhalt in enger Zusammenarbeit mit der Bundes-CDU gefordert.

Ich halte allerdings nichts von unausgegorenen Schnellschüssen, vorschnellen Personaldebatten oder kurzfristig ausgelegten Kurskorrekturen. Es ist entscheidend, die nächsten Schritte überlegt zu planen und bei den Entscheidungen die daraus resultierenden Konsequenzen bis zum Ende zu denken.

Wenn wir die anstehenden Herausforderungen im Land meistern wollen, brauchen wir ein klares Ziel und einen abgestimmten Plan, um dieses zu erreichen. Dazu müssen wir insgesamt die notwendigen Entscheidungen schneller treffen und umsetzen. Wir haben auf Bundesebene bereits vieles umgesetzt – beispielsweise im Bereich des Inneren, bei der Gesundheit oder beim Thema Rente. Und die nächsten Reformschritte sind bereits angestoßen. Aber – und das wird zu Recht kritisiert – die Änderungen und Reformen kommen bei den Menschen noch nicht spürbar an. Hier müssen wir besser werden.



Bildquelle: Canva.



Bildquelle: Canva.



Bildquelle: Canva.

»»» ERSTE LESUNG DES BUNDESHAUSHALTS FÜR 2027

Wir haben in dieser Sitzungswoche den Bundeshaushalt für das Jahr 2027 in erster Lesung beraten. Es ist bereits der dritte Haushalt dieser Koalition und der bisher mutmaßlich herausforderndste. Die Rahmenbedingungen, unter denen dieser Haushalt aufgestellt werden muss, sind schwierig. Die deutsche Wirtschaft stagniert seit sieben Jahren. Hinzu kommen Zollstreitigkeiten mit den USA, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, die hartnäckige Inflation, ein dramatisch hoher Ölpreis und damit verbunden das weltweit hohe Zinsniveau.

Gleichwohl schaffen wir mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf den Einstieg in die Konsolidierung: Die Ministerien sind Einsparvorgaben in einem Umfang von vier Milliarden Euro nachgekommen. Parallel dazu gelingt es uns, Schwerpunkte im Haushalt zu setzen, so etwa mit Investitionen von über 117 Milliarden Euro sowie im Bereich Verteidigung zur Ertüchtigung der Bundeswehr.

Sowohl der Einstieg in eine Konsolidierung, die wir mit dem Haushalt für 2028 fortsetzen werden, als auch der Erhalt der Investitionen auf konstant hohem Niveau sind positiv zu bewerten.

Im Bundesetat sind laut Regierungsentwurf im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 555,4 Milliarden Euro vorgesehen. Dies sind 30,9 Milliarden Euro weniger als 2026.

Als Investitionen sind 56,3 Milliarden Euro ausgewiesen (im Vergleich zu 2026: 58,3 Milliarden Euro). Für Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Haushaltsjahre sind insgesamt 367,8 Milliarden Euro eingeplant. 48,3 Milliarden Euro davon sollen 2028 fällig werden.

Den Gesamtausgaben stehen Einnahmen in gleicher Höhe gegenüber. Laut Planung entfallen davon 394,7 Milliarden Euro auf Steuereinnahmen (2026: 387,4 Milliarden Euro) und 26,9 Milliarden Euro auf Verwaltungseinnahmen (2026: 22,9 Milliarden Euro).



Bildquelle: Canva.

Die Nettokreditaufnahme des Kernhaushalts soll um 20,7 Milliarden Euro auf 118,7 Milliarden Euro steigen. 33,4 Milliarden Euro entfallen davon auf die nach der regulären Schuldenregel zulässige Kreditaufnahme. Insbesondere für Verteidigungs- und sicherheitspolitische Ausgaben sollen weitere 85,4 Milliarden Euro (Kredite zur Finanzierung von Ausgaben insbesondere für Verteidigung, Zivil- und Bevölkerungsschutz, Nachrichtendienste, IT-Sicherheit und die Unterstützung völkerrechtswidrig angegriffener Staaten) über die grundgesetzliche Bereichsausnahme aufgenommen werden.

Aufgrund verschiedener Herausforderungen hat sich die Lage der Bundesfinanzen seit 2021 von Jahr zu Jahr verschlechtert. Für das nächste Jahr beträgt also die gesamte Neuverschuldung (sprich: Nettokreditaufnahme, Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität und Bundeswehr-Sondervermögen) geplant insgesamt 203,6 Mrd. Euro. Eine der zentralen Aufgaben der Haushaltsberatungen in diesem und den kommenden Jahren wird es sein, diese Neuverschuldung zu begrenzen.



Soziales bleibt größter Etat – Verteidigung hat deutlichstes Plus

Wie in den Vorjahren auch stellt der Einzelplan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales den größten der 25 Einzeletats dar. Für 2027 sind im Einzelplan 11 Ausgaben in Höhe von 201,5 Milliarden Euro eingeplant – 4,1 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr.

Der Etat des Bundesministeriums der Verteidigung (Einzelplan 14) steigt um 27,1 Milliarden Euro auf 109,7 Milliarden Euro und verzeichnet somit den größten Aufwuchs im Vergleich zu 2026. Darunter fallen 55,8 Milliarden Euro für militärische Beschaffungen.

Diese Investitionen sind notwendig, um die Freiheit und Sicherheit in Deutschland gewährleisten zu können. Ein größerer Fokus muss in diesem Zusammenhang auf die Abwehr von Cyberangriffen gelegt werden.

Mit 12,7 Milliarden Euro ist der Haushaltsplan des Bundesministeriums für Verkehr der größte Investitionsetat. Aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ sollen zusätzliche 17,7 Milliarden Euro (2026: 21,2 Milliarden Euro) für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur kommen.

Weitere Schlaglichter aus dem geplanten Bundeshaushalt 2027



Finanzmittel für Forschung, Wohnraum, Klima:

Als wichtiger Wachstumsimpuls sind 118 Milliarden Euro für das Jahr 2027 an Investitionen vorgesehen.

Davon u. a.:

- 17,7 Milliarden Euro in Schiene, Brücken und Straßen,
- neun Milliarden für die Digitalisierung und
- für Forschung und Entwicklung 60 % mehr im Vergleich zu 2026.



Bildquelle: Canva.



Bildquelle: Canva.

Finanzmittel für Bildung

- Im Entwurf für 2027 ist eine Erhöhung des BAföG vorgesehen, um mehr jungen Menschen ein Studium zu ermöglichen.
- 3,5 Milliarden Euro sind für den Ausbau von Ganztagsgrundschulen vorgesehen, weitere 1,4 Milliarden Euro für den Ausbau von Kitas, Schulen und Hochschulen.



Bildquelle: Canva.

Finanzmittel für weitere wichtige Ausgaben:

- für die Modernisierung der Krankenhäuser,
- fünf Milliarden Euro mehr für den sozialen Wohnungsbau sowie
- für die Förderung von Elektromobilität und den Ausbau von Energienetzen.

Der Haushalt ist mit Blick auf die kommenden Jahre auf Investitionen für die Zukunft ausgelegt. Allerdings müssen wir – und dies gehört ebenfalls zur Gesamtbetrachtung hinzu – eine stetig steigende Neuverschuldung verhindern. Im Klartext: Sparanstrengungen weiter intensivieren, Prioritäten setzen bei den Ausgaben und das Geld effizient einsetzen.

TEILNAHME AN PODIUMSDISKUSSION

Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse sind für die Wälder in Deutschland sehr wichtig: Als Selbsthilfeorganisationen von Kleinwaldbesitzern leisten sie für Bewirtschaftung, Pflege und Klimaanpassung unserer Wälder sehr wertvolle Arbeit.

Am Mittwoch fand der Bundeskongress der Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse in Berlin statt: Auf einer Podiumsdiskussion wurde erörtert, wie Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und Kleinwaldbesitzer aktuelle Herausforderungen meistern können. Als Forstsprecher der CDU/CSU habe ich betont: Vordringlich ist, die zermürende Bürokratie abzubauen, damit für Waldbesitzende und Forstleute vor Ort wieder mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten entstehen. Außerdem brauchen Kleinwaldbesitzer verlässliche Förderbedingungen, insbesondere um ihre Wälder an den Klimawandel anzupassen. Und nicht zuletzt: Um Ehrenamtliche zu entlasten, müssen hauptamtliche Strukturen aufgebaut und gestärkt werden.

Der Kongress machte deutlich, wie wichtig der Austausch zwischen Politik und Praxis ist. Deshalb habe ich vorgeschlagen, den Dialog im Agrarausschuss des Bundestages fortzuführen.



Fotos: AGDW/Sebastian Runge.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süssen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de